

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

36. Sitzung

22. April 2024

Beginn: 09.31 Uhr

Schluss: 12.12 Uhr

Vorsitz: Herr Abg. Dr. Klaus Lederer (Schriftführer)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Der amtierende Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton). Den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern ist die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet.
- Dem Ausschuss liegen die Einladung mit Tagesordnung vom 10. April 2024 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 17. April 2024 vor.

Der Ausschuss beschließt nach kurzer Beratung mehrheitlich (mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD), die Tagesordnung entsprechend der Mitteilung zur Einladung um folgenden Punkt 4 (neu) zu ergänzen:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1597
**Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner
Heilberufekammergesetzes**

[0245](#)
GesPflg

– Vorabüberweisung –

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden vier Fragen schriftlich eingereicht:

- „Vor dem Hintergrund des Polizeieinsatzes in einem Berliner Pflegeheim in Lichtenberg: In welchen Intervallen und durch wen werden Pflegeheime kontrolliert?“

(Fraktion der CDU)

- „In 2023 sind die Berufungen der Mitglieder der Besuchskommission (nach PsychKG) ausgelaufen. Seitdem gibt es keine Besuche der 27 Einrichtungen im Land Berlin. Wann erfolgt die Neuberufung bzw. die Vorlage an den Ausschuss für Gesundheit und Pflege zur Neuberufung und wie wird derzeit die Aufgabe der Kommission erfüllt?“

(Fraktion der SPD)

- „Wird die Streichung der sogenannten Gesundheitskioske aus dem Entwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes des Bundesgesundheitsministers die Finanzierung von interdisziplinärer Versorgung in Berlin - wie in Integrierten Gesundheitszentren, ErwiN (Erweiterte Übertragung von arztentlastenden Tätigkeiten in ArztNetzen) und ähnlich ausgerichteten niedrighschwelligem Versorgungsangeboten - gefährden?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- „Wie gestaltet sich aktuell die Personalsituation der ärztlichen Führungsebene des KMV und kann sichergestellt werden, dass das Management vollumfänglich arbeitsfähig ist?“

(Fraktion Die Linke)

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen durch Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) berichtet und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0153](#)
GesPflfeg
Aktueller Stand der Krankenhausreform
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0173](#)
GesPflfeg
Folgen der Krankenhausreform für die Gesundheitsversorgung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung wurde bereits in der 22. Sitzung am 5. Juni 2023 begründet. Frau Abg. König (SPD) begründet den Besprechungsbedarf erneut für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Schulze (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) nimmt einleitend Stellung.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) erneut Stellung und beantwortet gemeinsam mit Frau Dr. Brigitte Wrede (SenWGP, I D) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu Punkt 3 der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0245](#)
GesPflfeg
Drucksache 19/1597
Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Heilberufekammergesetzes

– Vorabüberweisung –

Zu Punkt 4 der Tagesordnung liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vor.

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) begründet die Gesetzesvorlage.

Frau Abg. König (SPD) begründet den Änderungsantrag.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 19/1597 – wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

(einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1368 [0233](#)
GesPflieg
**Vorsorgeuntersuchungen U 10, U 11 und J 2 zu
gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen der
Krankenkassen machen**
- b) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1491 [0242](#)
GesPflieg
**Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für
einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst**

Frau Abg. König (SPD) begründet den Antrag zu Punkt 5 a) der Tagesordnung.

Herr Abg. Zander (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 5 b) der Tagesordnung. Er beantragt zugleich, das Berichtsdatum des Antrags auf „31. Oktober 2024“ zu ändern. Der Änderung stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

zu a) Der Antrag – Drs. 19/1368 – wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

zu b) Der Antrag – Drs. 19/1491 – wird mit geändertem Berichtsdatum „31. Oktober 2024“ angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE und AfD)

Es ergehen entsprechende Beschlussempfehlungen an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1013

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aus Corona
lernen – Berlin für die Zukunft resilient aufstellen“**

[0207](#)
GesPflieg(f)
InnSichO*
Recht*

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen dem Ausschuss die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz sowie für Inneres, Sicherheit und Ordnung vor. Die Ausschüsse empfehlen jeweils mehrheitlich (mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD) die Ablehnung.

Herr Abg. Ubbelohde (AfD) begründet den Antrag zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drs. 19/1013 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (37.) Sitzung findet am 13. Mai 2024, 9.30 Uhr statt.

Der Schriftführer

Der stellv. Schriftführer

Dr. Klaus Lederer

Scott Körber